

pas, den Austausch von künstlerischen Werten, die Verbreitung wahrheitsgetreuer Informationen, für die Vertiefung des Wohlwollens und der gegenseitigen Achtung.

Die auf der Tagung vertretenen Staaten teilen die Auffassung der Volksrepublik Polen, daß alle Versuche, sich von außen in Fragen einzumischen, für die ausschließlich die Volksrepublik Polen zuständig ist, im Widerspruch zu den allgemein anerkannten Normen der internationalen Beziehungen stehen und auch weiterhin eine entschiedene Abfuhr erfahren werden. Sie verurteilen nachdrücklich die „Sanktionen“, die von den USA und einigen anderen westlichen Ländern gegen Polen verhängt worden sind. Die polnischen inneren Angelegenheiten werden, so wie bisher, nur von Polen geregelt werden. Das sozialistische Polen kann stets auf die moralische, politische und ökonomische Unterstützung der sozialistischen Bruderländer zählen.

In Europa, wo bereits seit vielen Jahrzehnten Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung nebeneinander bestehen, ist nur eine Politik der friedlichen Koexistenz lebensfähig.

IV.

Im Verlaufe ihres Meinungsaustausches über weitere internationale Fragen hoben die Delegationen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik hervor, daß die Gesundung der Weltlage maßgebend mit der Beseitigung der bestehenden und der Verhinderung neuer militärischer Konflikte in Asien, Afrika, Lateinamerika und anderen Regionen verbunden ist.

Es gibt weder globale noch regionale Probleme, die nicht mit friedlichen Mitteln gerecht gelöst werden könnten. Wesentlich ist dabei, daß tatsächlich alle das legitime Recht des Volkes eines jeden Landes anerkennen sollten, selbständig, ohne Einmischung von außen seine inneren Angelegenheiten zu regeln und gleichberechtigt am internationalen Leben teilzunehmen; daß alle die Unabhängigkeit, die territoriale Integrität und die Unverletzlichkeit der Grenzen der Staaten respektieren und das Prinzip des Verzichts auf Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung einhalten sollten; daß keine Macht versucht, Hegemoniepolitik zu betreiben und „Interessengebiete“ oder „Einflußsphären“ zu schaffen.

Die Teilnehmer der Tagung sind davon überzeugt, daß es für die Beseitigung der Ursachen vieler Konflikte unerläßlich ist, alle Überreste des Kolonialismus und Rassismus endgültig zu beseitigen und auf eine Politik des Neokolonialis-